Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schneis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 150 — Mittwoch, den 30. Juni 1920 — 48. Jahrgang

Die Entwaffnungsnoten.

(W) Die dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übermittelten drei Noten über die Entwaffnung enthalten u. a. folgendes: Die alliierten Regierungen haben nach ernsthafter Prüfung beschlossen, die in dem von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrage enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung, sowohl was die Heeresstärke als auch was das Kriegsmaterial betrifft, in vollem Umfange aufrecht zu erhalten und deren schon allzu lange verzögerte Durchführung unverzüglich zu betreiben. In gleicher Weise erwarten die Alliierten, daß die deutsche Regierung ihnen keinen Antrag auf Abänderung der militärischen Bestimmungen des Vertrages mehr vorlegen wird, da solche Anträge nur abschlägig beschieden werden könnten und daher nur nutzlose Verzögerung mit sich bringen würden. Die alliierten Regierungen erwarten, daß bei der Zerstörung von Kriegsmaterial keinerlei Verzögerung eintritt und daß die Ausführung aller Bestimmungen über die Entwaffnung sowohl hinsichtlich der Truppenstärke als auch hinsichtlich des Kriegsmaterials ohne weiteren Aufschub erfolgt, andererseits würden sich die alliierten Regierungen gezwungen sehen, geeignete Mittel zu prüfen, um die vollständige Durchführung der Bestimmungen des Vertrages sicher zu stellen.

Die zweite Note weist darauf hin, daß die deutsche Regierung am 4. Juni an die Konferenz sich gewandt hatte, eine vorläufige Verlängerung der ihr gestellten, am 10. Juli ablaufenden Frist herbeizuführen, binnen der die Heeresstärke Deutschlands auf 100 000 Mann herabgesetzt werden sollte. Die alliierten Regierungen haben keine Veranlassung, einer erneuten Verlängerung der Frist zuzustimmen. Wenn die Mächte auch entschlossen sind, die Abrüstung Deutschlands den Vertragsbestimmungen gemäß durchzuführen, so verkennen sie doch nicht die Notwendigkeit, der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreichende Polizeikräfte zu belassen. Die alliierten Regierungen sind bereit, eine Vermehrung der Polizeikräfte zu genehmigen. Sie kann aber unter keinem Vorwande zulassen, daß diese Vermehrung durch Beibehaltung der Sicherheitspolizei eine Polizeitruppe von ausgesprochen militärischer Art und Organisation darstellt, zu deren Auflösung bereits vom Dezember 1919 ab aufgefordert war. Die Auflösung der Sicherheitspolizei muß binnen einer Frist von drei Monaten von der Absendung dieser Note ab beendet sein. Die Alliierten sind mit der Verstärkung der alten Ordnungspolizei, genannt Polizeitruppen, einverstanden. Andererseits haben die Mächte beschlossen, den Stand der Gendarmerie von 12 000 auf 17 000 Mann zu erhöhen. Die alliierten Mächte werden während der drei Monate von Absendung der gegenwärtigen Note an bis zur endgültigen Auflösung der Sicherheitspolizei nicht zulassen, daß Soldaten der Reichswehr in die Sicherheitspolizei übernommen werden. Die derzeitige Stärke der Sicherheitspolizei stellt eine Höchstzahl dar, deren Ueberschreiten verhindert werden muß.

Die dritte Note besagt u. a.: Artikel 201 des Vertrages von Versailles untersagt für die Dauer von sechs Monaten seit Inkrafttreten des Friedensvertrages die Herstellung von Luftfahrtmaterial jeder Art und seine Einführung nach Deutschland. Andererseits bestimmt Artikel 202, daß Deutschland den alliierten und assoziierten Hauptmächten innerhalb von drei Monaten seit Inkrafttreten des Friedensvertrages das gesamte Luftfahrtmaterial des Heeres und der Marine ausliefert. Da Deutschland sein Luftfahrtmaterial innerhalb der festgesetzten Frist nicht abgeliefert hat, wird die Ueberwachungskommission nicht in der Lage sein, ihre Arbeiten vor Ablauf der in Artikel 201 vorgesehenen sechsmonatigen Frist zu beenden. Würde die Herstellung von Luftfahrtmaterial vom 10. Juli ab wieder gestattet, so würde es praktisch unmöglich werden, die Durchführung des Artikels 202 zu überwachen. Die Konferenz hat daher entschieden, daß die Herstellung und Einfuhr von Luftfahrtmaterial, wie sie im Artikel 201 des Vertrages von Versailles vorgesehen ist, innerhalb von drei Monaten in dem Augenblick, in dem diese Macht das gesamte Luftschiffmaterial des Heeres und der Marine ausgeliefert und dies der interalliierten Luftfahrt-Ueberwachungskommission offiziell anzeigen wird, im gesamten Gebiete von Deutschland untersagt bleibt.

Ein englisches Urteil über die Entwaffnungsnote.

Das Lloyd George nahestehende Daily Chronicle setzt seinen Lesern die Gründe, aus denen die Verbandsmächte die Verringerung des deutschen Heeres verlangten, wie folgt auseinander:

Der Kapp-Putsch und die Gegenerhebung der roten Bataillone haben gezeigt, daß die wahre Gefahr für die deutsche Republik nicht in der Geringfügigkeit ihrer Streitkräfte liegt, sondern eher in ihrer Größe, ihrer Mannigfaltigkeit und ihrem Mangel an Gehorsam gegen die Regierung, wobei noch der gewaltige Umfang von Kriegsmaterial in Rechnung zu stellen ist, das in Deutschland für Leute, die den Frieden stören wollen, vorhanden ist. Das wird die deutsche Regierung natürlich auch wissen, aber sie scheut sich, wie es ihre Vorgängerinnen auch getan haben, die Brennesseln anzupacken. So wird ein Druck des Verbandes für sie ein kaum verhüllter Segen sein: sie sieht sich gezwungen, das zu tun, was sie nicht den Mut oder vielleicht auch nicht die Kraft hat, aus eigenen Stücken zu tun. Es ist ferner zu beachten, daß eine der größten Enttäuschungen seit dem Waffenstillstand darin besteht, daß Europa weder Frieden gefunden, noch abgerüstet hat. Es ist das sogar mehr als eine Enttäuschung, es ist ein Unheil, wenn man an die wirtschaftlichen Folgen denkt. Die Gründe liegen zum Teil in Rußland zu einem erheblichen Teil aber auch in Deutschland. Kein Staatsmann auf dem Kontinent darf es wagen, zu übersehen, daß trotz der deutschen Niederlage immer noch auf deutschem Boden eine weit größere Zahl kriegsgeübter Männer vorhanden ist — erstklassige Soldaten — und für die nächsten Jahre vorhanden sein wird als in jedem andern Lande. Berücksichtigt man dabei den Besitz einer großen militärischen Organisation und gewaltige Kriegsvorräte jeder Art, so ist es offensichtlich, daß festländische Mächte — für die die Zerstörung der deutschen Flotte nicht die Bedeutung hat wie für uns — nervös bleiben müssen. Diese Nervosität kann nur durch die Beseitigung ihrer Ursache beseitigt werden, und nur auf diesem Wege kann eine Politik erzielt werden, die zu einem dauernden Frieden führt. Keine Nation bedarf dieser Umänderung mehr als Deutschland selbst, und zwar sowohl politisch wie wirtschaftlich. Politisch, weil jeder Ueberrest seines frühern Militarismus eine ständige Versuchung für seine reaktionären Gruppen bildet und wirtschaftlich, weil es sich den Luxus nicht leisten kann, Leute zu unterhalten, die keine produktive Arbeit verrichten.

Bei diesen Betrachtungen ist zu beachten, daß sie sich auf die Berichte des Berliner Vertreters des Daily Chronicle stützen, der in derselben Nummer eine Uebersicht über die deutschen Preßäußerungen zur Entwaffnungsfrage gibt und sie mit folgenden Worten schließt: „Als einer, der das neue Deutschland anderthalb Jahre lang aus nächster Nähe beobachtet hat, muß ich der entschiedenen Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Forderungen der Verbandsmächte nicht nur gerecht, sondern auch notwendig sind, und zwar im ergensten Interesse Deutschlands, damit die wachsenden Schwingen seiner Militaristen und Reaktionäre von neuem beschnitten werden." Wozu zu bemerken ist, daß die Probleme, die im neuen Deutschland aufgetaucht sind, so mannigfaltig und so schwierig sind, daß selbst der klügste Beobachter sich hüten sollte, in schnellfertigem Ueberblick ein Urteil von solcher Tragweite zu fällen. Die Frage, in die alle diese Probleme sich zuspitzen, ist die: Wie können in Deutschland Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden? Darion, wie sie beantwortet wird, hängt die Zukunft der Welt ab; sie richtig zu beantworten, ist daher weit wichtiger als die Beseitigung der Nervosität bei gewissen festländischen Mächten.

Der deutsche Schadenersatz an Frankreich.

Die Wochenschrift „Europe nouvelle" ist in der Lage, den Bericht zu veröffentlichen, den die deutsche Reichsentschädigungskommission über die in Frankreich angerichteten Schäden verfaßt habe. Woher dieses Wochenblatt zur Kenntnis dieses wichtigen Schriftstückes gelangte, sagt es nicht. Es verdient jedoch die größte Beachtung, weil zwischen den Summen, welche Deutschland vorschlägt und denen, welche die Alliierten fordern, ein so schreiender Widerspruch besteht, daß man sich fragen muß, ob die Schätzungen, die die deutsche Kommission vornahm, richtig seien oder die Ansprüche, die Frankreich erhebt, so maßlos übertrieben seien. Nun macht aber der Bericht der deutschen Entschädigungskommission durchaus den Eindruck, daß die Schätzungen vollkommen richtig sind, daß also Frankreich Forderungen erhebt, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Aus diesem Bericht verdienen einige besondere Stellen hervorgehoben zu werden:

Die deutsche Reichsentschädigungskommission erklärt, daß sie bei der Bestimmung der Entschädigung jene Werte in Anschlag gebracht habe, welche vorhandene Dokumente als den wahren Wert der zerstörten Gebäude, Eisenbahnen usw. angeben. Die Reichsentschädigungskommission erklärt ferner, daß sie die von allen Städten, welche außerhalb der Kampfzone liegen, wie Paris, Dünkirchen, Belfort usw. erlittenen Schäden auf 50 Millionen Franks bewertet, und daß sie für Monumentalbauten und für Bauwerke mit künstlerischem Wert, wie die Kathedrale von Reims und St. Quentin, das Rathaus von Arras, verschiedene Kirchen usw. 75 Millionen Franks an Entschädigung vorschlage. In dieser Berechnung sei natürlich der ideale und historische Wert dieser Baulichkeiten nicht in Ziffern ausgedrückt. Im ganzen schlägt die Reichsentschädigungskommission die folgenden Ziffern an Entschädigung vor:

für	Bauwerke	1 459 579 000 M.
„	Möbel und Kunstwerke	1 301 780 000 „
„	landwirtschaftliche Maschinen	374 710 000 „
„	Waldungen und Jagdgebiet	263 000 000 „
„	Flußläufe und Wasserstraßen	97 100 000 „
„	Eisenbahn, Post, Telegraphen u. Telephon	405 320 000 „
„	Bergwerke	427 253 000 „
„	industrielle Anlagen	775 250 000 „
dazu kommen beschlagnahmte bewegliche Güter im Werte von		1 878 625 000 „
zusammen		7 228 622 000 M.

Davon müssen aber gewisse Beträge abgezogen werden, weil die angerechneten Schäden Wertverminderungen erlitten haben und weil Deutschland bei seinem Rückzuge gezwungen war, viele Werte von Gütern, welche sich jetzt in der Benutzung von Franzosen befinden, zurückzulassen und weil andererseits Deutschland während der Dauer der Besetzung für Frankreich heute sehr wertvolle und nützliche Straßen anlegte. Für letztere macht die deutsche Reichsentschädigungskommission einen Abzug von 8 800 000 Mark, für Eisenbahn-, Post- und Telegraphenanlagen einen Abzug von 7 Millionen, für Verbesserung von Bergwerken einen Abzug von 1 335 000 Mark, für Verbesserung von industriellen Anlagen einen Abzug von 32 900 000 Mark, endlich für Güter, welche beim Rückzug zurückgelassen werden mußten, einen Abzug von 165 225 000 Mark, im ganzen also ein Abzug von 215 260 000 Mark. Die deutsche Reichsentschädigungskommission begnügt sich aber nicht, diese allgemein gehaltenen Ziffern anzugeben, sondern sie weist auch im einzelnen nach, welches die in den besetzt gewesenen Provinzen wirklich entstandenen Schäden seien. So erlitten industrielle Anlagen, welche der Eisen- und Metallindustrie dienen, einen tatsächlichen Schaden von 342 Millionen Mark, elektrotechnische Anlagen 9 700 000 Mark, Elektrizitätswerke 52 600 000 Mark, Textilindustrien 194 500 000 Mark, Papierindustrien 12 000 000 Mark, chemische Industrien 24 000 000 Mark, Gaswerke 6 750 000 Mark, Glasfabriken 4 500 000 Mark, Zementwerke 3 700 000 Mark, Getreidemühlen 3 500 000 Mark, Brauereien und Malzfabriken 13 300 000 Mark, Zuckerfabriken 69 Mill., Destillerien 22 500 000, Lederfabriken 2 400 000, Holzwerke 3 300 000, Druckereien 8 500 000, im ganzen also 775 250 000, wovon für von Deutschland angerechnete Verbesserungen oder Neubauten im ganzen 32 300 000 Mark abzuziehen sind. Ebenso wie für die Schäden, welche Deutschland an industriellen Werken anrichtete, gibt der Bericht der Reichsentschädigungskommission genau die Schäden an, welche ermittelt werden konnten und zu deren Ersatz Deutschland verpflichtet werden kann.

Zwischen dem Betrage von rund 8 Milliarden Mark, auf welchen die deutsche Reichsentschädigungskommission, und dem Betrag von 66 Milliarden Mark, auf welchen Frankreich Anspruch erhebt, ist natürlich ein Ausgleich schwer zu finden. Wichtig festzustellen wäre natürlich, auf welche Weise „Europe nouvelle" in den Besitz dieses außerordentlich wichtigen Dokumentes gelangte, namentlich, ob es der Redaktion nicht in Berlin in die Hände gespielt wurde. Offiziell gelangte es wenigstens bisher nicht zur Kenntnis der Wiedergutmachungskommission, was sich aus einer Unterredung, welche der „Petit Parisien" mit dem Präsidenten dieser Kommission hatte, ergibt, der natürlich die von Deutschland angeführten Ziffern außerordentlich niedrig nennt und sie bekämpft, und dort Milliarden fordern möchte, wo Deutschland Millionen anzubieten geneigt ist. Besonders bedenklich wirkt aber, daß dieses Schriftstück bereits veröffentlicht worden ist, durch den Umstand, daß Deutschland wünschen mußte, daß dieses Dokument erst in Spaa den Alliierten vorgelegt worden wäre. Die deutsche Regierung wird natürlich allen Anlaß haben, zu prüfen, wie der Bericht der Reichsentschädigungskommission einem französischen Blatt zukommen konnte.

Kriegskosten und Wiedergutmachung.

(TU) Der frühere Ausbauminister Loucheur hat als Berichterstatter des Finanzausschusses der Kammer einen Bericht über die Kriegskosten und die Wiedergutmachung ausgearbeitet, in dem er ausführlich auf die Leistungen Deutschlands eingeht. Er weist darin die englische Auffassung zurück, daß die von Deutschland geforderten Wiedergutmachungen seine Leistungsfähigkeit überstiegen, da man die Zahlungskraft eines Schuldners nicht nach seiner Lage in einem besonders schwierigen Augenblick beurteilen dürfe, zumal es sich um Zahlungen handle, die auf 33 oder 40 Jahre zu verteilen seien. Trotzdem die bisherige Ausführung des Friedensvertrages bereits bedeutende Ergebnisse gezeitigt habe, bewiesen doch die Ziffern, daß sie nicht ausreichend seien. Den Gesamtwert des hinterlassenen und zurückerstatteten Gutes gibt Loucheur mit 8 000 000 000 Francs an. Deutschlands Kohlenlieferungen betragen monatlich 600- bis 950 000 Tonnen, während Frankreich allein monatlich 1 666 000 Tonnen zu erhalten hat. Loucheur stellte dann fest, daß Deutschland bisher weder die bis zum 1. Mai 1921 zahlbaren 20 Millionen Mark Gold, noch für die weiter zahlbaren 40 Millionen Mark Gold die ihm vorgeschriebenen Anweisungen auf den Inhaber ausgegeben habe.

Die Antwort der Türken.

(W) Temps berichtet, daß die Antwort der türkischen Friedensdelegation auf die Friedensvorschläge 40 Seiten umfasse. Die türkische Regierung erkenne die neugegründeten Staaten wie Polen, Süd-Slavien und die Tschecho-Slovakei an, ferner als unabhängige Staaten Syrien, Mesopotamien und Palästina, Armenien und Hedschas und das Protektorat Frankreichs über Tunis und Marokko. Die türkische Regierung verzichtet auf alle Rechte und Privilegien auf Libyen und die Inseln des Dodekanes. Sie erkennt das englische Protektorat über Aegypten und ferner die freie Schiffahrt auf dem Suezkanal, die englisch-ägyptische Verwaltung über den Sudan und die Annexion von Cypern durch England an. Die Türkei verzichtet auf ihre Rechte auf die großen Inseln im Aegäischen Meer. Um die Sicherheit Konstantinopels zu gewährleisten, verlangt die türkische Regierung u. a. die Abgrenzung der Zahl der ausländischen Kriegsschiffe, sie verlangt ferner, daß Ost-Thrazien in den Grenzen, die es vor dem Kriege hatte, unter türkischer Oberherrschaft verbleibe und daß Smyrna und die angrenzenden Gebiete von den griechischen Truppen geräumt werden. Sie will aber zugestehen, daß drei Jahre lang Truppen der alliierten Großmächte diese Gegenden besetzen, Maßnahmen zum Schutze der Minderheiten zu gewähren, ist die türkische Regierung bereit.

(W) Nach englischen Meldungen aus Konstantinopel ist am 25. ein starkes englisches Geschwader vor Moudania erschienen und hat eine Abteilung Seesoldaten an Land gesetzt. Mehrere Nationalistenführer wurden gefangen genommen. In einer Proklamation wurde bekanntgegeben, die Strafmaßnahme sei durch die Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen und durch feindselige Haltung gegenüber den englischen Offizieren veranlaßt worden. Nach einer weiteren Meldung wurde auch an der Südküste der Bucht von Ismid Truppen gelandet. Die Nationalisten flohen. Das türkische Hauptpostamt in Konstantinopel ist vorsichtshalber durch englische Truppen besetzt worden. Die Pforte hat dagegen protestiert, daß dem griechischen Heere erlaubt wurde, vor Ablauf der der türkischen Friedensdelegation gewährten Fristverlängerung vorzugehen.

Der Ruhrbergbau über die heutige Wirtschaftspolitik und die Sozialisierungspläne.

In der gestern in Essen abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung des Bergbauvereins und des Zechenverbandes, die vom 1. Vorsitzenden, Geh. Finanzrat Dr. Hugenberg, geleitet wurde, erstattete der Geschäftsführer, Bergassessor von Löwenstein, den Geschäftsbericht, mit dem zunächst ein Ueberblick über die wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse gegeben wurde. An der vom Reichswirtschaftsministerium betriebenen Wirtschaftspolitik und an der heutigen Gesetzesmacherei wurde scharfe Kritik geübt. Wer an die Zeiten vor Ausbruch des Krieges zurückdenke und sich vergegenwärtige, wie jedes Gesetz als ein neuer dem Staatsbau einzufügender Stein von all den zahlreichen mitschaffenden Händen sorgfältig auf seine Güte und Tauglichkeit geprüft worden sei, den erfasse ein Schauder vor der Leichtfertigkeit, mit der heute die Gesetze wahllos und gedankenlos zusammengetragen und in ihrer mangelhaften Beschaffenheit aufeinandergeschichtet würden. Als der Gipfel oberflächlicher Gesetzesmacherei wurde der Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich bezeichnet. Wie der Zwang der Bewirtschaftung der damit dem Reiche aufgebürdeten neuen Schuldenlast und ihrer Abtragung wirken werde, sei angesichts des schon vorhandenen riesenhaften Defizits im Etat der Eisenbahn gar nicht abzusehen. Jedenfalls seien die Aussichten, die sich auf diesem Gebiete des Wirtschaftslebens eröffneten, so trostlos wie nur möglich.

Bei der Forderung nach der Sozialisierung des Steinkohlenbergbaues seien die treibenden Gründe nach wie vor politischer Natur. Sobald man die Dinge wirtschaftlich erfasse und sich auf den vernünftigen Standpunkt stelle, daß die Sozialisierung doch einen Nutzen für das gesamte Volk bringen solle, lösten sich schnell die Nebel der trügerischen Vorstellungen. Die von Walter Rathenau der Sozialisierungskommission vorgelegten Richtlinien seien nur so verständlich, wenn sie als Blitzableiter für die seiner eigenen Industrie drohende Gefahr angesehen würden. Für Rathenau scheine Zeit gewonnen alles gewonnen zu sein. Als weitblickender Großindustrieller sehe er wohl selbst den dem Bergbau im Falle seiner Sozialisierung drohenden Rückgang voraus und rechne damit, daß den jetzigen Anhängern der Sozialisierung nach sicherlich nicht ausbleibender Enttäuschung die Lust an weiteren Experimenten auf anderen Gebieten, namentlich auf dem der Elektrizitätsindustrie, vergehen werde.

Zur Arbeitsgemeinschaft wurde ausgeführt, daß man es an dem guten Willen zu positiver Mitarbeit nicht habe fehlen lassen. Bedauerlich sei nur, daß die politische Spaltung der Arbeiterschaft zu sehr auf das gewerkschaftliche Gebiet übergegriffen habe. Hoffentlich werde bald die Einsicht siegen, daß nur unpolitische Gewerkschaften zur Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft berufen seien. Nur dann würden sich auch die Erwartungen erfüllen, die sich an den in Vorbereitung befindlichen Reichswirtschaftsrat knüpften. Auf dem Gebiete des Verkehrswesens wurde die Linienführung des Mittellandkanals berührt und der Freude Ausdruck gegeben, daß sich auch der Landeswasserstraßenbeirat wie fast alle Wasserstraßenbeiräte für die Mittellinie ausgesprochen habe. Hoffentlich werde sich nunmehr auch die Preußische Landesversammlung dem Votum des Landeswasserstraßenbeirats in aller Kürze anschließen, damit das Werk, dessen Vollendung keinen Aufschub dulde, möglichst bald in Angriff genommen werden könne.

Kleine Nachrichten.

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages angenommen. Die monatliche Entschädigung ist auf 1500 Mark bemessen.

Aus Halle wird berichtet, daß die drei großen Staßfurter Maschinenfabriken wegen Lohnstreitigkeiten ihren Betrieb haben schließen müssen.

Die Kopenhagener Kellner haben fast einstimmig beschlossen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Ihre Absicht, die Kellnerinnen zu entlassen, haben sie nicht erreicht.

Bei kommunistischen Führern in Berlin und im Reich haben Haussuchungen stattgefunden. Es wurden Aufrufe und Druckschriften beschlagnahmt, die in Verbindung mit den zurzeit über das ganze Reich gehenden Lebensmittelkrawallen stehen.

Durch Verordnung vom 22. d. M. hat das bayrische Gesamtministerium den Vollzug der Simultanschulverordnung bis auf weiteres aufgehoben. In München und Nürnberg, wo die Simultanschulverordnung bereits durchgeführt worden ist, bleibt sie aufrecht erhalten.

Die Kohlenförderung.

WW Amtlich werden jetzt die Ergebnisse der deutschen Kohlenförderung von Januar bis April bekanntgegeben. Das ist ein erster Versuch, Klarheit über Umfang und Stärke der deutschen Wirtschaft zu gewinnen. Die nüchternen Ziffern sagen mehr als alle Worte, was fehlt. Sie beweisen aber auch dem Vielverband, daß die Lasten, die Deutschland auferlegt werden sollen, ihre Grenze finden in dem, was wir tatsächlich zu leisten vermögen. Insgesamt werden in den ersten vier Monaten 1920 rund 40,7 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert. Bleibt die Förderung für das ganze Jahr gleichmäßig, so werden wir mit einer Gesamtförderung von 120 Millionen Tonnen zu rechnen haben. Das sind nun fast 70 Millionen Tonnen weniger, als 1913 gefördert wurden. Dabei kommt in Betracht, daß wir an den Vielverband vorweg vierzig Mill. To. liefern sollen. So blieben uns also für den eigenen Bedarf nur noch achtzig Millionen Tonnen. Da für den Eisenbahnverkehr allein dreißig bis vierzig Millionen Tonnen abzurechnen sind, ständen für die Industrie und Hausbrand nur noch vierzig Mill. Tonnen zur Verfügung. Allerdings greift hier die Braunkohlenförderung als Ersatz ein. Sie betrug in den ersten vier Monaten 1920 rund 34 Millionen Tonnen. Das ist um fast sechs Mill. Tonnen mehr als in der gleichen Zeit 1913.

Allein die Braunkohle ist kein vollwertiger Ersatz für die Steinkohle, sodaß die Mehrförderung nicht eine unbedingte Stärkung unserer wirtschaftlichen Kraft bedeutet. Dazu kommt, daß für Ausfuhrzwecke nur die Steinkohle benutzt werden kann, die wir von dem Rest von vierzig Millionen abgeben müssen, der noch für die Versorgung der Industrie und der Verkehrung bleibt. Hier offenbart sich uns die industriell-wirtschaftliche Krise in ganzer Schärfe. Wollen wir das gewaltige Kolbengestänge der deutschen Wirtschaftsmaschine wieder in Gang bringen, so bedarf es reichlicher Speisung mit Kohlen. Die Erzeugung von Eisen und Stahl ist davon ebenso abhängig, wie die Herstellung von Textilwaren und Ziegelsteinen für den Baumarkt. Wir wissen aus Erfahrung, wie groß die Kohlennot bei uns ist. Die Lieferungen an den Verband haben wir bis jetzt nur auf Kosten des dringendsten Bedarfes der deutschen Industrie leisten können. Es geht aber auf die Dauer nicht an, daß große Werke von Zeit zu Zeit still liegen, weil der Kohlenvorrat erschöpft ist. Heute verlautet überdies schon, daß die Eisenbahnen im Herbst abermals für längere Zeit den Personenverkehr einstellen sollen.

Das Bedenklichste ist indessen, daß die in den ersten vier Monaten 1920 getätigte Kohlenförderung auch das oberschlesische Gebiet umfaßt. Gelingt es den Treibereien der von Frankreich unterstützten Polen, Oberschlesien vom Reiche zu trennen, so sinkt unsere Kohlenförderung automatisch um mehr als ein Drittel. Es kann dann keine Rede mehr davon sein, die vertraglichen Kohlenlieferungen an Frankreich, Belgien und Italien aufrechtzuerhalten. Nur zwei Möglichkeiten bleiben dann übrig: entweder muß der Verband auf die deutschen Kohlenlieferungen verzichten, oder er muß sich damit abfinden, daß die deutsche Wirtschaft stillgelegt wird, also auch irgend welche Entschädigungen nicht mehr zu leisten vermag. Das ist einzig und allein das Werk des Versailler Vertrages, der die geschlossene Wirtschaftseinheit Deutschlands zu zertrümmern suchte, ohne dafür Gleichwertiges an die Stelle zu setzen. Polen wird die oberschlesische Kohlenförderung nicht auf der bisher erreichten Höhe der Entwicklung halten können, zumal Oberschlesien verkehrspolitisch dann nahezu abgeschnürt sein würde. Die Ziffern der deutschen Kohlenförderung kommen rechtzeitig zum Beginn der Konferenzen in Spaa und Brüssel. Hier kann immerhin noch viel, — wenn auch nicht alles — Unheil von Europa abgewendet werden.

Die Monschaufrage im Sinne Belgiens geregelt.

In der Monschauer Bahnfrage ist die Entscheidung der Botschafterkonferenz nunmehr bekannt geworden. Sie lautet dahin, daß die Botschafterkonferenz, die vom belgischen Botschafter gemachten Vorschläge über die Zugeständnisse für die Abtretung der Bahnlinie Raeren—Kalterherberg und für den westlich der Bahnlinie gelegenen Teil des Kreises grundsätzlich annimmt und diese Vorschläge der Grenzkommission zur Prüfung der Einzelheiten und zur endgültigen Festlegung der Grenze überweist. Sofern die Grenzkommission erheblich von den Vorschlägen des belgischen Botschafters abzuweichen beabsichtigt, soll die Angelegenheit wieder vor die Botschafterkonferenz gebracht werden. Die Zugeständnisse Belgiens sollen darin bestehen, daß den Einwohnern des Kreises Monschau alle möglichen Erleichterungen für den Personen- und Warentransport nach Aachen gewährt werden. Auch sollen ihre Waren beim Durchgang durch den Eupener Bezirk keinen Zollförmlichkeiten unterworfen sein. Ferner soll Deutschland den Teil des Eupener Distriktes behalten, auf dem sich das Niederschlagsgebiet des Wasserwerkes Aachen befindet. Schließlich soll das Dorf Moltzenich westlich der Eisenbahn als deutsche Enklave bestehen bleiben. Bei diesem Zugeständnis hat Belgien den Vorbehalt gemacht, daß in diese deutschbleibende Enklave nicht die Gemeindegüter eingeschlossen sind. Die Eisenbahn, die dazu gehörenden Gebäude und das von ihr durchfahrene Gebiet der deutschen Enklave werden belgisches Eigentum.

Wie die „Erleichterungen" für den Personen- und Warentransport in Wirklichkeit beschaffen sein werden, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man sich an die bisherige Praxis der Belgier und Franzosen im besetzten Gebiet erinnert. Schikanen über Schikanen wird es setzen und die Bewohner des Monschauer Bezirks werden ebensowenig zur Ruhe kommen wie die drangsalierten Einwohner des Saargebiets.

Das kirchliche Programm der Unabhängigen.

Der offenbar in Vorahnung einer demnächstigen unabhängigen Regierung von der Partei eingesetzte Programmausschuß für das Schul- und Bildungswesen hat einen vorläufigen Entwurf einer Auseinandersetzung des Staates mit der Kirche ausgearbeitet, der nunmehr den Parteigenossen und der Oeffentlichkeit zur weitern Erörterung bekanntgegeben wird. Er beginnt mit der Forderung, daß alle direkten und indirekten Leistungen des Reichs, der Einzelstaaten, der Gemeinden und Gemeindeverbände an Religionsgemeinschaften aufzuhören hätten. Allen Bewohnern der deutschen Republik solle gestattet sein, sich zu religiösen Vereinen zusammenzuschließen die lediglich dem allgemeinen Vereinsrecht unterständen und nicht Körperschaften des öffentlichen Rechts seien. Als Mitglieder dürften nur solche Personen gelten, die sich nach Inkraftsetzung dieses neuartigen Kirchenrechts zum Beitritt neu meldeten. Das gesamte bewegliche wie unbewegliche Vermögen der Kirchengemeinschaften soll öffentliches Eigentum werden. Zur Abhaltung von religiösen Handlungen könnten den religiösen Vereinen die bisher zu Kultuszwecken verwandten Baulichkeiten durch einen beiderseitig kündbaren Mietvertrag von begrenzter Dauer überlassen werden. Soviel über die wichtigsten materiellen Bestimmungen dieses Kirchenprogramms der Unabhängigen, das seine „Duldsamkeit" dadurch bekundet, daß es den Leitungen von öffentlichen Anstalten, darunter auch den Schulen, die Veranstaltung von religiösen Feiern und Handlungen oder auch die Anregung dazu untersagt und die kirchlichen Feiertage nicht mehr als gesetzliche anerkennt.

Tagesereignisse.

— **(Lloyd George zur Auslieferungsfrage.)** Im englischen Unterhause sagte in Beantwortung einer Frage bezüglich der Weigerung Hollands, den vormaligen deutschen Kaiser auszuliefern, Lloyd George, die Auslieferung des vormaligen Kaisers ist ein weiteres Blutvergießen nicht wert.

— **(Rußland lehnt die englischen Forderungen ab.)** Die russische Regierung hat Krassin verständigt, daß die englischen Forderungen nicht bewilligt und die englischen Firmen für den Schaden, den sie durch die Revolution erlitten haben, nicht entschädigt werden können. Ebensowenig könne das beschlagnahmte Eigentum zurückgegeben werden. Wenn die englische Regierung auf diesen Forderungen bestehe, solle Krassin die Verhandlungen abbrechen und nach Rußland zurückkehren.

— **(Rußlands Warenhunger.)** Nach einem Telegramm aus Kowno, veröffentlicht das Moskauer Blatt Prawda eine Uebersicht über die nun eingeleitete Einfuhr nach Rußland. Es erklärt, daß die Waren nun nach Rußland hereinströmten. (?) Die Einfuhr gehe teils über Reval, teils über Petersburg. In beiden Städten seien große Mengen Auslandwaren eingetroffen. Im ganzen setze sich die Einfuhr wie folgt zusammen: Bis zum 1. Juli würden 52 Lokomotiven geliefert, ferner seien bestellt 1 228 000 Sensen, von denen 428 000 bis zum 1. Juli zu liefern seien, der Rest bis zu 80 000 Stück monatlich. Innerhalb desselben Zeitraums würden erwartet 150 000 Meierei- und Dreschmaschinen 7000 Mähmaschinen, 1000 Zentrifugen und 400 Kultivatoren. Einige hundert Eisenbahnwagen mit landwirtschaftlichen Maschinen seien bereits in Reval eingetroffen und teilweise nach Rußland weitergeleitet, das von diesen Maschinen ganz entblößt ist. Die in Schweden bestellten Lokomotiven sollen nach dem Vertrag am 1. Januar 1921 eintreffen. Ferner sollen große Mengen Werkzeuge bestellt sein. Zur sofortigen Lieferung seien auch Rohstoffe für Papierherstellung in Auftrag gegeben. Die endgültige Lösung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen werde von dem Verlauf der Verhandlungen Krassins in London abhängen.

— **(Hugo Stinnes für internationale Steuern.)** Der Berichterstatter des „Matin" Sauerwein, berichtet über eine Unterredung mit Hugo Stinnes, der Zweifel darüber äußerte, daß in Spaa ein deutscher Vorschlag, der sich auf eine internationale Anleihe stützt, angenommen werde, weil man auf der andern Seite befürchten würde, Deutschland wolle sich den Folgen seiner Niederlage entziehen. Stinnes hält die internationale Solidarität auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten für durchführbar und notwendig. Die Aktiven einer Weltgesellschaft, der auch Amerika angehören müßte, sollte man nach Ansicht Stinnes, nicht in einer Anleihe, sondern in internationalen Steuern suchen. Kohle, Eisen, Transportmittel und Schiffahrt könnten mit Abgaben belegt werden und die Mittel liefern, die diese Gesellschaft zum allgemeinen Besten verwerten würde.

Westfalen und Rheinland.

Dortmund, 29. Juni. **(Verschiedenes.)** Auf Veranlassung des Oberbürgermeisters fällt auch der **nächste Hauptwochenmarkt** am Mittwoch, den 30. Juni, **aus.** — Am 30. Juni tritt Generaldirektor Kom.-Rat Dr. ing. **Fr. Springorum** in den Ruhestand. Er war 30 Jahre in der Verwaltung des Eisen- und Stahlwerks Hoesch, und zwar als technischer Generaldirektor, tätig, und hat als solcher an dem technischen Ausbau des Werks und an seinem Aufschwung regen Anteil genommen. Auch sonst hat er in der Eisen-Industrie vom Rheinland und Westfalen eine hervorragende Stellung eingenommen.

** **Lünen**, 29. Juni. **(Optische Täuschung.)** Durch starke Rauchwolken, die man am Turm der Herz-Jesu-Kirche in Lünen bemerkte, wurde die Freiwillige Bürger-Feuerwehr auf den Plan gerufen. Als man den Turm im Innern erstieg und die Dachluken öffnete, entpuppte sich der vermeintliche Rauch als ein riesiger Mückenschwarm. Ohne den bösen Mücken zu zürnen, zogen die wackeren Wehrleute mit ihrer Handspritze wieder ab.

(TU) **Arnsberg**, 29. Juni. **(Anschlag auf einen Personenzug.)** Der Personenzug Brilon—Paderborn entgleiste in der Nähe der Station Brilon. Acht Fahrgäste wurden schwer verletzt. Von unbekannter Hand waren Steine auf die Schienen gewälzt worden.

Plettenberg, 28. Juni. **(Zwei Polizeibeamte erschossen.)** Ein schweres Verbrechen begingen in Hilfringhausen die beiden 20jährigen, vielfach vorbestraften Gelegenheitsarbeiter Teipel und Leonhardt. Die beiden Burschen hatten in ihrer Behausung in Hilfringhausen bei Ohle während der Nacht eine gestohlene Kuh geschlachtet und waren im Begriff, das Fleisch zu verladen, als die beiden Polizeibeamten Langhammer und Thiele hinzukamen, um das Fleisch zu beschlagnahmen. Plötzlich fielen zwei Schüsse aus dem Hause und ins Herz getroffen sanken beide Beamte tot zu Boden. Die beiden Mörder flohen in die Berge und konnten nicht festgenommen werden.

? **Soest**, 28. Juni. **(Jagdverpachtung.)** Die in zwei Teilen verpachtete Jagdnutzung der Gemeinde Günne erbrachte für die 1800 Morgen große Waldjagd den stattlichen Betrag von 17 060 Mark gegen 2300 Mark vorher; für die Feldjagd 1300 Mk. gegen 340 Mk. vorher. Anpächter sind Industrielle aus Düsseldorf.

! **Hagen**, 26. Juni. **(Der Mord am Kaisberg vor dem Schwurgericht.)** Anfang Dezember vorigen Jahres wurde, wie sich unsere Leser noch entsinnen werden, der Wirt Ewald Mühling aus Ende am Kaisberg erschossen. Der Verdacht, die ruchlose Tat verübt zu haben, lenkte sich sofort auf den Fabrikarbeiter Franz Kikillus aus Herdecke. Jetzt hatte sich dieser vor dem Hagener Schwurgericht zu verantworten. Wie die Verhandlung ergab, ist Kikillus eine in Schieberkreisen bekannte Persönlichkeit. Während des Krieges verbummelte der Angeklagte, der bis dahin ein fleißiger Arbeiter und guter Familienvater gewesen war, immer mehr, sodaß er schließlich für regelrechte Arbeit nicht mehr zu haben war und hauptsächlich Schiebergeschäfte trieb, die ihn auch mit dem ermordeten Wirt Mühling zusammenführten. Während der Verhandlung und nach der Urteilsverkündigung blieb der Angeklagte völlig gleichgültig, als ginge ihn die Sache gar nichts an. Nach der Aussage des Angeklagten sind die beiden Geschäftsfreunde nach Vorhalle gegangen, um dort eine Kuh für Mühling zu kaufen. Unterwegs sei durch Unvorsichtigkeit ein Schuß losgegangen, der Mühling tötete. Kikillus will dann entsetzt weitergelaufen sein und Kehrt gemacht haben, als er seinen Namen rufen hörte. Dabei habe er die Brieftasche des Ermordeten mit 300 Mark an sich genommen. Wie aus der weiteren Verhandlung hervorging, begab er sich mit dem Gelde nach Herdecke zurück und feierte gemeinsam mit den Wirtschaftsinhabern und einigen Gästen in der Wirtschaft „Zum deutschen Krug" bis zum nächsten Vormittag seinen Geburtstag. Die Anwesenden bemerkten zwar einige Aufregung in dem Wesen des Angeklagten, doch legten sie dem keine große Bedeutung bei. Morgens um 6 Uhr wurde der Angeklagte von einem Bruder der Wirtschaftsinhaberin auf dem Klosett angetroffen, als er, in sich zusammengesunken, mit seinem Revolver hantierte. Im Laufe des Vormittags machte K. einen Selbstmordversuch, der den Verdacht der Täterschaft auf ihn lenkte und seine Verhaftung und Ueberführung in das Marienhospital in Hagen nach sich zog. Ein Brief an seine Frau, in dem der Angeklagte den Verdacht auf einen unbekannten Dritten zu lenken suchte, erwies, daß er wirklich der Mörder war. Er gestand infolgedessen den Mord ein, während er in der jetzigen Verhandlung die obenerwähnten Aussagen machte und sich reinzuwaschen suchte. Die Geschworenen bejahten die Frage nach Mord unter Verneinung der Frage nach vorsätzlicher Ueberlegung. Der Staatsanwalt beantragte lebenslängliche Zuchthausstrafe, lebenslänglichen Ehrverlust, Stellung unter Polizeiaufsicht und 500 Mark Geldstrafe wegen unbefugten Waffengebrauches. Der Verteidiger bat um zeitlich begrenzte Zuchthausstrafe und Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Kikillus wurde wegen Totschlags und schwersten Raubes und unbefugten Waffengebrauches zu 10 Jahren Zuchthaus, Stellung unter Polizeiaufsicht, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren und 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

** **Bochum**, 29. Juni. **(Einzug der Sicherheitswehr.)** Gestern zog die für Bochum bestimmte Sicherheitswehr in Stärke von 400 Mann in die Stadt ein. Weitere Abteilungen werden noch folgen.

(h) **Bochum**, 29. Juni. **In die Seuchenbaracken** auf dem Gelände des Josefshospitals wurde in der Nacht ein Einbruch verübt und mehrere dunkelgraue Wolldecken, Kissen, Betttücher und Hemden gestohlen. Da die letzten Pockenkranken erst vor wenigen Tagen entlassen und die Desinfektion der Baracken noch nicht vollendet war, bietet die Verschleppung der genannten Gegenstände eine Quelle schwerer Ansteckungsgefahr für alle, welche damit in Berührung kommen. Es wird daher im öffentlichen und privaten Interesse dringend vor Ankauf der genannten Gegenstände gewarnt.

(g) **Ahlen**, 29. Juni. **Unsere heimische Industrie** steht gegenwärtig in einer schweren, bedrohlichen Krise. Ueberall mangelt es an Aufträgen, sodaß, um die Arbeiterschaft zu beschäftigen und Entlassungen zu verhüten, auf Lager gearbeitet wird. Das ist aber auch nur bis zu einem gewissen Grade möglich. Die Firma Bartling & Fehlig, die vor etwa Jahresfrist ihren Betrieb mit 200 Personen eröffnete, hat jetzt, nachdem sie seit einiger Zeit ihre Arbeitszeit wesentlich eingeschränkt hatte, ihren Betrieb vollständig eingestellt. Wie wir hören, stehen einige andere Firmen vor der gleichen Entscheidung. Im übrigen haben fast sämtliche Werke ihren Betrieb auf 6 Stunden eingeschränkt, eine Maßnahme, die zwar wirtschaftlich durchaus begründet ist, die davon betroffene Arbeiterschaft — vor allen Dingen kinderreiche Familien — aber in eine außerordentlich prekäre Lage bringt.

(g) **Enniger-loh**, 29. Juni. **Billiges Mehl** wußte sich ein Mann zu verschaffen, der dieser Tage auf einem Bauernhof unter allerhand wehleidigen Erzählungen die im Hause weilenden Frauen zu bewegen wußte, ihm zehn Pfund Mehl zu überlassen. Er bekam es „ausnahmsweise billig" für 3,50 Mark das Pfund. Bevor er sich das Mehl in einem Beutel aushändigen ließ, ging er noch einmal fort, um, wie er angab, auf einem Nachbarhofe vorzusprechen. Die Frauen füllten in der Zwischenzeit das Säckchen, sich dabei im stillen über das gute Geschäft freuend. Als der Mann, der sich inzwischen einen Plan zurecht gemacht hatte, zurückkam, überreichten ihm die Frauen den schön und prall gefüllten Mehlbeutel; er hob ihn prüfend auf, wobei er in nicht mißzuverstehenden Worten die Richtigkeit des Gewichts in Zweifel zog. Mit den Worten: „Meint ju dann, wie wullen ju bedraigen!" eilt man zurück in die Mehlkammer, um die Wage zu holen. Diesen günstigen Moment benutzte der Mann, um mit dem Mehl zu verschwinden, nicht ohne den erschrockenen Frauen noch zugerufen zu haben: „Auf Wiedersehen auf dem Amte!" Mann und Mehl sah man nie wieder. Auch auf dem Amte hat er nicht vorgesprochen.

? **Recklinghausen**, 28. Juni. **(Irrtümlich erschossen.)** Als das Dienstmädchen Angelika Schwierzinski nachts ½1 Uhr zu ihrer Herrschaft zurückkehrte, gab ihr Dienstherr, Bernhard Ziokowski, der glaubte, einen Einbrecher vor sich zu haben, einen Schuß aus einer Armeepistole auf das Mädchen ab, wodurch dieses tödlich verletzt wurde.

** **Herford**, 28. Juni. **Unter Vergiftungserscheinungen** erkrankten nach einem Hochzeitsmahl in Wildershausen 18 Personen. **Drei** Mädchen sind bereits gestorben.

„-" **Elberfeld**, 28. Juni. **(Kommunale Schiebungen.)** Die Stadtverwaltung hatte kürzlich mitgeteilt, daß die Stadt durch Käufe von Benzin größere Verluste erleiden werde. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der diese Käufe aufklären soll. Inzwischen ist bekannt geworden, daß es sich bei den Benzinkäufen um größere Schiebungen handelt, die vom Kohlenamt ausgeführt worden sind, und daß der Oberbürgermeister davon nicht nur gewußt, sondern sie auch noch gefördert hat, um damit für die Stadt Gewinne zu erzielen. Insgesamt sind für die Stadt für 17½ Millionen Mark Benzin angekauft worden. Es ist beschlagnahmt und soll jetzt von der Regierung für Rechnung der Stadt so gut wie möglich verkauft werden. Schon durch Schwund usw. ist ein größerer Verlust unausbleiblich. Allgemein wird er mit acht Millionen Mark angenommen. Infolge der Vorgänge hat Oberbürgermeister Dr. Hopf jetzt sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

** **Duisburg**, 28. Juni. **(Hafenbahndiebe.)** Aus Oberhausen wird gemeldet: Die kürzlich hier auf dem Güterbahnhof aufgedeckten Eisenbahndiebstähle ziehen immer weitere Kreise. So sind bis jetzt schon 30 Beamte unter dem Verdacht der Beteiligung festgenommen worden. Weitere Untersuchungen sind im Gange.

** **Wermelskirchen**, 29. Juni. **Das britische Kriegsgericht** verurteilte den unabhängigen Stadtverordneten Hugo Hackländer zu 1 Jahr Gefängnis und 10 000 Mk. Geldstrafe. In seiner Wohnung hatte die englische Polizei dieser Tage etwa 200 Infanteriegewehre und 2 Maschinengewehre gefunden, die wahrscheinlich von Remscheid nach Wermelskirchen geschafft worden waren. Hackländer war damals sofort verhaftet worden.

** **M.-Gladbach**, 28. Juni. **(Dreifaches Todesurteil.)** Das Schwurgericht verurteilte den Fabrikarbeiter Nix, die Witwe des Schneidermeisters Hoelters und die Ehefrau Nix wegen gemeinsamer Ermordung des Schneidermeister Hoelters zum Tode. Die Frau des Ermordeten hatte den Gatten in einen Hohlweg gelockt, während Nix den tödlichen Schuß abgab.

** **Köln**, 28. Juni. **Das unsinnige schnelle Fahren** mit Automobilen hatte hier wieder einige Todesfälle zur Folge, darunter eine Mutter von 5 Kindern, ein 10jähriger Junge und ein junges Mädchen.

Aus aller Welt.

— **Liebesdrama.** In Stralsund verletzte der Produktenhändler Eccarius eine Frau Behrendt, die ihr Liebesverhältnis zu dem Manne lösen wollte, tödlich durch einen Lungenschuß, tötete ihren Vater durch einen Herzschuß und entfloh nach mißlungenem Selbstmordversuch.

— **Die Ermordung des Inspektors Blau vor Gericht.** Vor dem Berliner Schwurgericht hatten sich die drei Kommunisten Flichtemann, Hoppe und Winkler, alle drei Leute im Alter von 21 bis 22 Jahren, wegen Mordes an dem angeblichen Polizeispitzel, Inspektor Blau, zu verantworten. Am 7. August 1919 wurde die Leiche des Inspektors aus einem Kanal gelandet. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Blau aus politischen Motiven ermordet worden war. Der Mord soll von kommunistischer Seite geplant und ausgeführt worden sein. Als Täter kommen die oben bezeichneten Angeklagten in Betracht.

Kleine Nachrichten.

Verschiedene Blätter bringen Einzelheiten über polnische Aushebungen im westpreußischen Teilgebiet ohne Rücksicht auf die Nationalität.

Der Vorwärts berichtet über gewaltige Demonstrationen der Arbeiterbevölkerung in Frankfurt a. Main zu Gunsten des Abbaues der hohen Lebensmittelpreise.

Wie dem Berl. Tagbl. in einem Telegramm aus Marburg gemeldet wird, hat der Gerichtsherr im Marburger Studentenprozeß gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt.

Die Kölnische Volkszeitung teilt mit, daß sie vom 1. Juli ab in eine G. m. b. H. umgewandelt ist, um auf eine breitere, tragfähigere wirtschaftliche Grundlage gestellt zu werden. Das Blatt behält den bisherigen Charakter als katholisches Blatt und Zentrumsblatt bei.